
Jörg Philipp Terhechte

Die Haftung der Dritten Gewalt

Haftungsverantwortlichkeit als Baustein
einer *judicial accountability*



Nomos

Jörg Philipp Terhechte

Die Haftung der Dritten Gewalt

Haftungsverantwortlichkeit als Baustein
einer *judicial accountability*

Nomos Verlagsgesellschaft

Diese Publikation wurde gefördert durch den Open-Access-Publikationsfonds der Leuphana Universität Lüneburg.

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte (1975-2024) war Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Professor for European and International Economic Law an der University of Glasgow. Er war zudem geschäftsführender Direktor des Institute for European Integration am Europa-Kolleg Hamburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg gedruckt.

1. Auflage 2025

© Jörg Philipp Terhechte

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-2355-4

ISBN (ePDF): 978-3-7489-5033-2

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748950332>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorbemerkung

Die folgende Arbeit wurde, wie ihr Verfasser in seinem Vorwort erklärt, als Habilitationsschrift an der Fakultät Hamburg eingereicht und angenommen. Das Verfahren konnte jedoch nicht mehr abgeschlossen werden, weil sich ab dem Spätsommer 2024 der Gesundheitszustand von Jörg Terhechte rapide verschlechterte. Im November 2024 ist er im Alter von 49 Jahren verstorben.

Seinen Vorgaben folgend habe ich das bereits weitgehend druckreife Manuskript noch einmal in formaler Hinsicht durchgesehen und offensichtliche Schreibfehler u. ä. korrigiert. Inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen; insofern befindet sich der Text auf dem Stand August 2024.

Die Fertigstellung des Buchs, an dem er lange gearbeitet hat, war Jörg Terhechte sehr wichtig. Deswegen freut es mich, dass die Untersuchung nun wie von ihm gewünscht die akademische Öffentlichkeit erreicht. Sie wird die einschlägigen Debatten sicher sehr befruchten.

Zugleich erinnert das Buch zutiefst schmerzhaft daran, was wir an Jörg Terhechte hatten und mit ihm verloren haben: einen herausragenden Rechtswissenschaftler, einen höchstgeschätzten Kollegen, einen engen Freund.

Kiel, im August 2025

Ino Augsberg

»There are countries in the world where all judicial decisions
find favour with the powers that be, but they are probably not places
any of us would wish to live«.

(*Lord Tom Bingham*, *The Rule of Law*, 2010, S. 65)

Vorwort

Die Diskussion über die Haftung der rechtsprechenden Gewalt (»Dritten Gewalt«) hat in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Sie steht stellvertretend für ein wachsendes wissenschaftliches und praktisches Interesse an der Dritten Gewalt, ihrer Macht, Legitimation und Verantwortlichkeit im modernen Verfassungsstaat sowie den Wandlungsprozessen und Veränderungen, denen sie ausgesetzt ist. Den entsprechenden Entwicklungen und Diskussionen geht die vorliegende Untersuchung nach. Sie will die Voraussetzungen und Funktionen einer Haftung der Dritten Gewalt im deutschen, europäischen und internationalen Recht beleuchten und in ein umfassendes Konzept einer *judicial accountability* einbetten. Eine recht verstandene *judicial accountability* – so die These dieser Untersuchung – kann als zusätzlicher Legitimationsbaustein der Dritten Gewalt dienen.

Angesichts der Bedeutung, die die Dritte Gewalt in vielen Staaten, aber auch auf der europäischen und mitunter auch auf der internationalen Ebene erlangt hat, kommt es womöglich auf zusätzliche legitimationsstiftende Bausteine mehr denn je an, denn es liegt auf der Hand, dass mit der gestiegenen richterlichen Macht auch eine gestiegene Verantwortung einhergeht. Diese Verantwortung, die sich auch in einer Haftungsverantwortlichkeit des Richters oder des Staates ausdrücken kann, in ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne einer *judicial accountability* einzubetten, zeigt, dass die Dritte Gewalt in einem komplexen »Verantwortungsgeflecht« agiert, das sich in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert hat. Eine Zusammenschau der Haftung der Dritten Gewalt mit weiteren Instrumenten, die die Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt sichern sollen, unterstreicht, dass in bestimmten Fällen eine Haftung die auch für die Dritte Gewalt notwendige Legitimation sichern kann.

Die Studie wurde im WS 2024/2025 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Habilitationsschrift angenommen und hat einen recht langen Weg hinter sich. Dass sie überhaupt entstehen konnte, habe ich zunächst meinem akademischen Lehrer, Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg, zu verdanken. Er hat nicht nur wichtige Impulse für die vorliegende Untersuchung gegeben, sondern mich kontinuierlich seit gut 25 Jahren in jeder Hinsicht gefördert. Danken möchte ich auch Prof. Dr. Markus Kotzur, LL.M. (Duke), Universität Hamburg, der das Zweitgutachten übernommen und wichtige Hinweise gegeben hat.

Erste Entwürfe der Studie sind während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Assistent an den Universitäten Bielefeld und Hamburg entstanden. Abgeschlossen wurden die Arbeiten dagegen erst vor wenigen Monaten. Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst danke ich für die schon einige Jahre zurückliegende Gewährung zweier Post-Doc Stipendien, die mir mehrmonatige Forschungsaufenthalte an der George Washington University Law School, Washington, D.C., und der University of Oxford, Institute for Comparative and European Law, ermöglichten.

Teile der Arbeit konnten bei Seminaren an der Universität Bielefeld, der Universität Hamburg, der Karls-Universität Prag, der University of Glasgow, der George Washington University Law School sowie im Rahmen des ersten Kolloquiums der Hohbühl-Stiftung vorgestellt werden. Frühe Fassungen wurden auch im »Frankfurter Kranz« diskutiert. Wichtige Hinweise haben zudem Prof. Dr. Johannes Hellermann, Bielefeld, und Prof. Dr. Fabian Wittreck, Münster, gegeben.

Danken möchte ich einer Reihe von Freunden, mit denen ich über das Thema immer wieder diskutieren konnte. Dies gilt für Prof. Dr. Dr. Ino Augsberg, Kiel, Prof. Dr. Steffen Augsberg, Gießen, und Prof. Christian Tams, Glasgow.

Dank gebührt schließlich Johannes Bujara, Judith Crämer, LL.M., und Ass. iur. Katharina Mittrach, die Material beschafft haben und die Arbeit Korrektur gelesen haben.

Gewidmet ist die Untersuchung meiner Frau Dr. Nicole Terhechte-Gerick, ohne die nicht nur diese Arbeit unmöglich gewesen wäre, sowie unseren Söhnen Jakob Elias, Jasper Nepomuk und Joris Nikolaus.

Lüneburg/Hamburg, im April 2024

Jörg Philipp Terhechte

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung	5
Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	47

1. Teil: Grundlagen und Forschungsstand

§ 1: Einleitung	65
A. Haftungsverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel	65
B. Die Rolle der Dritten Gewalt im modernen Verfassungsstaat	67
C. Haftungsrecht zwischen » <i>compensation culture</i> « und Legitimationsreservoir	67
D. Haftungsverantwortlichkeit als Baustein einer » <i>judicial accountability</i> «	69
E. Kontexte: Der Wandel der Dritten Gewalt und neue Haftungsfragen	71
F. Rechtliche Grundlagen einer Haftung der Dritten Gewalt	80
G. Schwerpunkte der Untersuchung	81
H. Gang der Untersuchung	85
§ 2: Begriffliche Grundlagen	87
A. Rechtsprechung als Dritte Gewalt	88
B. Haftung und (Staats-)Haftungsrecht	95
C. <i>Accountability</i>	98
D. <i>Judicial accountability</i>	121
§ 3: Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung	127
A. Die Dritte Gewalt in der rechtswissenschaftlichen Forschung	127

B. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Privatrecht und Verfassung	130
C. Unterschiedliche Perspektiven auf die »Haftung der Dritten Gewalt«	133
D. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt in der öffentlichen Diskussion	144
E. Schlussfolgerungen	146

2. Teil:

Wandel der Dritten Gewalt

(Grundlagen – Ausdifferenzierung – Europäisierung – Internationalisierung)

§ 4: Verfassungsrechtliche Grundlagen	149
A. Die Dritte Gewalt im Verfassungsstaat des Grundgesetzes	151
B. Rechtsetzungskompetenzen und Organisationsbestimmungen	167
C. Verfassungsrechtliche Aufgaben und Garantien für die Dritte Gewalt	173
D. Die offene Verfassungsordnung des Grundgesetzes und die Dritte Gewalt	194
§ 5: Wandel und Ausdifferenzierung des Entscheidungs- und Aufgabenspektrums der Dritten Gewalt	213
A. Staatsgewalt im Wandel	213
B. Ende der Kontinuität?	216
C. Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen	217
D. Neue Verfahren und Aufgaben	235
E. Neue Institutionen der Streitbeilegung	251
F. Wandel innerhalb der Justiz	263
G. Entscheidungsspektrum der Dritten Gewalt	267
H. Wandel durch Digitalisierung	275
I. Fazit	280
§ 6: Die Dritte Gewalt im europäischen Rechtsprechungsverbund ..	283

A. Dritte Gewalt und europäischer Rechtsprechungsverbund	284
B. Der Gerichtshof der EU als unionale Dritte Gewalt	289
C. Die institutionelle Ausgestaltung der Unionsgerichtsbarkeit	298
D. Das Einheitliche Patentgericht	309
E. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Judikative im europäischen Rechtsprechungsverbund	314
F. Der EGMR im europäischen Rechtsprechungsverbund	330
G. Schiedsgerichtsbarkeit und europäischer Rechtsprechungsverbund	336
H. Fazit	338
 § 7: Die »Global Community of Courts« und die staatliche Dritte Gewalt	 341
A. Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch Gerichte?	344
B. Dimension der Internationalisierung der (staatlichen) Dritten Gewalt	351
C. Jurisdiktionskonflikte	359
D. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und (staatliche) Dritte Gewalt	363
E. Fazit	363

3. Teil:

Die Haftung der Dritten Gewalt im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)

§ 8: Die Haftung der Dritten Gewalt im deutschen Recht	367
A. Verfassungsrechtliche Maßstäbe für die Haftung der Dritten Gewalt	368
B. Die Haftung der Dritten Gewalt als Amtshaftung	391
C. Die Haftung der Dritten Gewalt jenseits des Amtshaftungsanspruchs	464
D. Fazit	527

§ 9: Die Haftung der Dritten Gewalt im Unionsrecht	529
A. Unionsrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt	532
B. Die Haftung der unionalen Dritten Gewalt	535
C. Die Europäisierung der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt	543
D. Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt gem. Art. 82 DS-GVO	551
E. Die Haftung der Dritten Gewalt im System des EPGÜ	558
F. Fazit	564
§ 10: Die Haftung der Dritten Gewalt im Völkerrecht	565
A. Völkerrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt	566
B. Die Haftung der Dritten Gewalt und die EMRK	570
C. Weitere Haftungsregelungen im Völkervertragsrecht	577
D. Die Haftung internationaler Gerichtshöfe	578
E. Haftung für die Verletzung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte	579
F. Internationale Schiedsgerichte und Haftung	580

4. Teil:

Ausprägungen einer *judicial accountability* im geltenden Recht
(Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)

§ 11: Dritte Gewalt und <i>judicial accountability</i>	585
A. Verantwortlichkeitsbeziehungen der Dritten Gewalt	587
B. Ursprünge des Konzepts	590
C. Dimensionen und Mechanismen einer <i>judicial accountability</i>	593
D. Verfassungsrechtliche Dimensionen	598
E. <i>Judicial accountability</i> auf europäischer und internationaler Ebene	600
F. <i>Judicial accountability</i> und Schiedsgerichtsbarkeit	602
G. Fazit	604

§ 12: <i>Judicial accountability</i> im deutschen Recht	607
A. Strukturen der internen Verantwortlichkeitssicherung	608
B. Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Exekutive	630
C. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Legislative	632
D. Weitere und neue Formen der Verantwortlichkeitssicherung	633
E. Staatliche Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit	653
F. Fazit	655
§ 13: <i>Judicial accountability</i> im Unionsrecht	657
A. <i>Judicial accountability</i> als unionales Verantwortlichkeitskonzept?	659
B. Rechtsmittel als Form der internen Verantwortlichkeitssicherung	661
C. Verantwortlichkeiten der und gegenüber den Mitgliedstaaten	673
D. Verantwortlichkeiten gegenüber dem Europäischen Parlament ..	677
E. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortlichkeit des EuGH	680
F. Weitere Verantwortlichkeitsformen	681
G. Verhältnis EuGH und EGMR	690
H. <i>Judicial accountability</i> der mitgliedstaatlichen Gerichte	691
I. Ausblick: Verantwortlichkeitssicherung im europäischen Rechtsraum	699
J. Fazit	700
§ 14: <i>Judicial accountability</i> im Völkerrecht	703
A. Grundlagen und Kontexte	705
B. Mechanismen der Selbstkontrolle internationaler Gerichtshöfe und Tribunale	707
C. Verantwortlichkeit gegenüber Internationalen Organisationen und Mitgliedstaaten	721
D. Verantwortlichkeiten gegenüber parlamentarischen Versammlungen?	726
E. Weitere Verantwortlichkeitselemente	727

F. Bedeutung des Völkerrechts für staatliche Konzepte einer <i>judicial accountability</i>	736
G. Exkurs: Internationale Schiedsgerichte und » <i>Judicial Accountability</i> «	739
H. Wechselseitige Verantwortlichkeitssicherung internationaler Gerichtshöfe	740
I. Fazit	742
J. Annex: Übersicht	743

5. Teil:

Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer *judicial accountability* (Funktionen – Kontexte – ergänzende Instrumente)

§ 15: Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer <i>judicial accountability</i>	747
A. Die Dritte Gewalt als verantwortliche Staatsgewalt	747
B. Haftungsverantwortlichkeit und Legitimationsanspruch der Dritten Gewalt	749
C. Haftung und Haftungsfunktionen im Lichte einer <i>judicial accountability</i>	765
D. Rechtliche und faktische Begrenzungen der haftungsrechtlichen Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt	783
E. Instrumente der Haftungsvermeidung und <i>judicial accountability</i>	786
F. Regelungsmodelle und Regelungsbedarfe	789
G. Fazit: Haftung zwischen demokratischer Legitimation und rechtsstaatlicher Bindung der Dritten Gewalt	800
§ 16: Resümee und Ausblick	803
Literaturverzeichnis	809
Entscheidungsverzeichnis	919

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	5
Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	47

1. Teil: Grundlagen und Forschungsstand

§ 1: Einleitung	65
A. Haftungsverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel ..	65
B. Die Rolle der Dritten Gewalt im modernen Verfassungsstaat	67
C. Haftungsrecht zwischen » <i>compensation culture</i> « und Legitimationsreservoir	67
D. Haftungsverantwortlichkeit als Baustein einer » <i>judicial accountability</i> «	69
E. Kontexte: Der Wandel der Dritten Gewalt und neue Haftungsfragen	71
I. Ausdifferenzierung, Privatisierung und Digitalisierung der Dritten Gewalt	71
II. Die Dritte Gewalt im unionalen Haftungsverbund	75
III. Haftungsverantwortlichkeit in einer » <i>Global Community of Courts</i> «	76
IV. Politisierung der Dritten Gewalt im Namen der Verantwortlichkeit?	78
F. Rechtliche Grundlagen einer Haftung der Dritten Gewalt	80
G. Schwerpunkte der Untersuchung	81

I. Verfassungsrecht als Maßstab	81
II. Kontexte der Haftungsfrage	82
III. Multiperspektivischer Ansatz	83
IV. <i>Governance</i> -Perspektive	84
H. Gang der Untersuchung	85
§ 2: Begriffliche Grundlagen	87
A. Rechtsprechung als Dritte Gewalt	88
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	88
II. Die Enge des verfassungsrechtlichen Begriffs der »Rechtsprechung«	90
III. Weites Begriffsverständnis der »Dritten Gewalt«	91
B. Haftung und (Staats-)Haftungsrecht	95
I. Allgemeines	95
II. »Staatshaftung« und »Staatshaftungsrecht«	97
C. <i>Accountability</i>	98
I. Allgemeines	98
II. Abgrenzungen	101
1. Weitere Konzepte der Verantwortlichkeitssicherung	101
2. <i>Accountability</i> und Kontrolle	101
III. <i>Accountability</i> als Schlüsselbegriff	102
IV. Unterschiedliche Ausprägungen des <i>accountability</i> - Begriffs	103
1. Komplexe Verwaltungsstrukturen und <i>accountability</i>	104
2. Legitimationsdefizite und <i>accountability</i> im Unionsrecht	105
3. » <i>Individual Accountability</i> « im Internationalen Strafrecht	107
4. Legitimation Internationaler Organisationen durch <i>accountability</i> ?	107
5. <i>Accountability</i> gem. Art. 5 Abs. 2 DS-GVO	109
V. Grundzüge einer allgemeinen Typologie	111
1. Horizontale und vertikale <i>accountability</i>	112

2. Demokratische <i>accountability</i>	113
3. Rechtliche <i>accountability</i>	114
4. Finanzielle <i>accountability</i>	117
VI. Mechanismen und Instrumente zur Sicherung von <i>accountability</i>	120
D. <i>Judicial accountability</i>	121
I. Kontextabhängigkeit einer richterlichen Verantwortlichkeit	121
II. » <i>Judicial accountability</i> « als umfassendes Verantwortlichkeitskonzept	122
III. Richterliche Verantwortlichkeit und Haftung	124
1. Pluralisierung der Haftungsfunktionen	125
2. Verantwortlichkeit des Staates und <i>accountability</i> (Art. 34 S. 1 GG)	126
§ 3: Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung	127
A. Die Dritte Gewalt in der rechtswissenschaftlichen Forschung	127
B. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Privatrecht und Verfassung	130
C. Unterschiedliche Perspektiven auf die »Haftung der Dritten Gewalt«	133
I. Rechtshistorische Anknüpfungspunkte	134
II. Unionsrecht und rechtsvergleichende Perspektive	136
III. Die Haftung der Dritten Gewalt im Lichte der <i>Governance</i> -Forschung	140
1. Staatshaftungsrecht im Kontext der Säulenstruktur des deutschen Rechts	140
2. Haftung und <i>Governance</i>	140
3. Die Haftung der Dritten Gewalt und ökonomische Analyse des Rechts	142
4. Interdisziplinäre Ansätze	143
D. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt in der öffentlichen Diskussion	144

E. Schlussfolgerungen	146
2. Teil:	
Wandel der Dritten Gewalt	
(Grundlagen – Ausdifferenzierung – Europäisierung – Internationalisierung)	
§ 4: Verfassungsrechtliche Grundlagen	149
A. Die Dritte Gewalt im Verfassungsstaat des Grundgesetzes	151
I. Rechtsprechung als (Staats-)Gewalt	152
II. Die Dritte Gewalt im System des Grundgesetzes	154
1. Das staatliche Rechtsprechungsmonopol	154
2. Weitere verfassungsrechtliche Regelungen	156
III. Aktuelle und tradierte Problemlagen	157
1. Auf dem Weg in den »Richterstaat«?	157
2. Privatisierung der Dritten Gewalt	160
3. Politisierung der Dritten Gewalt	162
a) Das Bundesverfassungsgericht in der politischen Auseinandersetzung	162
b) Richterwahlen und -berufungen	163
c) Verfassungsrechtliche Absicherung des Bundesverfassungsgerichts	164
d) Klimaklagen zwischen Recht und Politik	164
B. Rechtsetzungskompetenzen und Organisationsbestimmungen	167
I. Rechtsetzungskompetenzen	167
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gerichtsorganisation	168
1. Gerichte des Bundes	169
a) Das Bundesverfassungsgericht (Art. 93, 94 GG)	169
b) Bundesgerichte	170
2. Gerichte der Bundesländer	171
a) Verfassungsgerichte	171
b) Ordentliche Gerichtsbarkeit und weitere Gerichtsbarkeiten der Länder	172
3. Weitere Institutionen der Streitschlichtung	172

C. Verfassungsrechtliche Aufgaben und Garantien für die Dritte Gewalt	173
I. Verfassungsunmittelbare Aufgabenzuweisung an die Dritte Gewalt	173
II. Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips für die Dritte Gewalt	174
1. Gewährleistung von Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	174
2. Die Rechtsbindung der Dritten Gewalt	175
3. Rechtsbindung und richterliche Rechtsfortbildung	177
4. Rechtskraft der richterlichen Entscheidung	178
5. Gebot der Verantwortungszurechenbarkeit	179
6. Rechtsstaatsprinzip und Staatshaftung	179
III. Demokratieprinzip und Dritte Gewalt	180
IV. Die verfassungsrechtliche Garantie der richterlichen Unparteilichkeit	182
V. Die verfassungsrechtliche Garantie der richterlichen Unabhängigkeit	183
1. Allgemeines	183
2. Dimensionen der richterlichen Unabhängigkeit	185
a) Sachliche Unabhängigkeit	186
b) Persönliche Unabhängigkeit	186
c) Aktuelle Problemlage und Herausforderungen	187
aa) Institutionelle Unabhängigkeit der Dritten Gewalt	187
bb) Beamte auf Lebenszeit als Richter auf Zeit	189
cc) Unparteilichkeit der Justiz und Freiheit des religiösen Bekenntnisses	191
3. Fazit	192
VI. Grundrechte und Dritte Gewalt	192
1. <i>Gardienne de la liberté individuelle</i> im europäischen Rechtsprechungsverbund	192
2. Justizgrundrechte	193
3. Grundrechte und Haftung	194
D. Die offene Verfassungsordnung des Grundgesetzes und die Dritte Gewalt	194
I. Allgemeines	194

II. Mitwirkung bei der Entwicklung der EU als Aufgabe der Dritten Gewalt	196
1. Art. 23 GG als »Europafundamentalnorm«	196
2. Folgen für die Dritte Gewalt	197
3. Grenzen der Integration und die Rolle des BVerfG	199
III. Übertragung von Hoheitsrechten und zwischenstaatliche Streitigkeiten	201
1. Art. 24 GG als allgemeiner Internationalisierungshebel	201
2. Folgen für die Dritte Gewalt	202
3. Beitritt zu Vereinbarungen über eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit	203
IV. Allgemeine Regeln des Völkerrechts und Dritte Gewalt (Art. 25 GG)	206
1. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	206
2. Folgen für die Dritte Gewalt	207
3. Das Normverifikationsverfahren gem. Art. 100 Abs. 2 GG	208
V. Völkerrechtliche Verträge und Dritte Gewalt	209
VI. Sonderrolle der EMRK im deutschen Recht und Dritte Gewalt	210
VII. Fazit: Die Dritte Gewalt im europäischen und internationalen Kontext	211
§ 5: Wandel und Ausdifferenzierung des Entscheidungs- und Aufgabenspektrums der Dritten Gewalt	213
A. Staatsgewalt im Wandel	213
B. Ende der Kontinuität?	216
C. Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen	217
I. Herausforderungen der Dritten Gewalt im Mehrebenensystem	217
II. Verrechtlichung und die Dritte Gewalt	220
1. »Gesetzesflut« und »Kolonisierung von Lebenswelten« durch das Recht	220
2. Europäische »Rechtsgemeinschaft«	222

3. Verrechtlichung und Arbeitsbelastung deutscher Gerichte	225
4. Komplexität von Gerichtsverfahren	228
III. Rolle der verfassungsrechtlichen Rechtsschutzgarantien	229
1. Rechtsschutzgarantie als Motor des Richterstaats?	229
2. Kein Rechtsschutz gegen den Richter	231
IV. Ausweitung klagefähiger Rechtspositionen	232
D. Neue Verfahren und Aufgaben	235
I. Die gestiegene Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	235
II. Neue Formen überindividuellen Rechtsschutzes	238
III. Neue administrative Aufgaben der Dritten Gewalt	242
IV. Mediation als richterliche Aufgabe?	244
1. Allgemeines	244
2. Zögerliche Entwicklung zum »Multi-Door Courthouse« in Deutschland	245
3. EU-Mediationsrichtlinie als Impuls	246
4. Keine Regelung über die richterliche Mediation im Mediationsgesetz	247
5. Mediation nur durch den Güterichter (§ 278 ZPO)	248
6. Verbraucherrechtliche Streitigkeiten und Mediation	250
7. Mediation und Haftung	250
E. Neue Institutionen der Streitbeilegung	251
I. Gütestellen	252
II. Schiedsgerichtsbarkeit	254
1. Allgemeines	254
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	255
3. Besonderheiten des Schiedsverfahrens nach §§ 1029 ff. ZPO	256
4. Schiedsrichterhaftung	257
III. Verbands- und Vereinsgerichtsbarkeit	258
IV. Parteigerichtsbarkeit	260
F. Wandel innerhalb der Justiz	263
I. Internationalisierung durch »Commercial Courts«	263
II. Bedeutung der freiwilligen Gerichtsbarkeit	264

III. Die Rolle der Rechtspfleger	265
IV. Gerichtliche Sachverständige und die Rolle von Expertenwissen	266
G. Entscheidungsspektrum der Dritten Gewalt	267
I. Die Verdrängung des Urteils als Regelentscheidungsmodus?	268
II. Der Beschluss als weniger formale Entscheidungsform	269
III. Neue justizielle Konsenskultur?	270
1. Vergleiche	270
2. Verständigung im Strafprozess	272
H. Wandel durch Digitalisierung	275
I. Einfluss der Digitalisierung auf das Verfahrensrecht	275
II. Digitale Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten?	277
III. Digitaler Neo-Positivismus ohne Verantwortlichkeiten?	278
IV. Big-Data-Prognosen und richterliche Unabhängigkeit	279
I. Fazit	280
§ 6: Die Dritte Gewalt im europäischen Rechtsprechungsverbund ...	283
A. Dritte Gewalt und europäischer Rechtsprechungsverbund	284
B. Der Gerichtshof der EU als unionale Dritte Gewalt	289
I. Das Prinzip des institutionellen Gleichgewichts	290
II. Der EuGH als Hüter und Motor des Unionsrechts	292
1. Vorabentscheidungsverfahren und Rechtsprechungsverbund	293
2. Nichtigkeitsklage und Normverwerfungsmonopol	297
3. Vertragsverletzungsverfahren und »judizielle Loyalität«	297
C. Die institutionelle Ausgestaltung der Unionsgerichtsbarkeit	298
I. Der EuGH als multifunktionaler Gerichtshof	300
II. Arbeitsbelastung des EuGH	300
III. Institutioneller Wandel innerhalb der Unionsgerichtsbarkeit	302
1. Errichtung des Gerichts	303

2. Vergebene Möglichkeiten: Fachgerichtsbarkeit und die Auflösung des GöD	304
3. Evolutivklausel für Rechtsstreitigkeiten im Bereich des geistigen Eigentums	306
4. Grenzen des institutionellen Wandels und die Haftung der Dritten Gewalt	307
D. Das Einheitliche Patentgericht	309
I. Hintergrund	310
II. Unionsverfassungsrechtliche Zulässigkeit	310
III. Organisation des EPG und verfahrensrechtliche Innovationen	312
IV. Beispielgebendes Verantwortlichkeitsregime?	313
E. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Judikative im europäischen Rechtsprechungsverbund	314
I. Gleichheit der Mitgliedstaaten und Bindung der nationalen Gerichte an das Unionsrecht	314
II. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten und nationale Gerichte	315
III. Einheitliche Anwendung des Unionsrechts durch nationale Gerichte	317
IV. Nationale Gerichte als Sachwalter des «europäischen Interesses»	319
V. Rechtsschutz des Einzelnen und die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte	320
VI. Mitgliedstaatliche Flankierungen: Europarechtsfreundlichkeit der nationalen (deutschen) Gerichte?	322
VII. Anforderungen des EU-Rechts an die mitgliedstaatlichen Justizsysteme	323
1. Effektiver Rechtsschutz in der »Rechtsunion«	324
2. Einzelne Ausprägungen	325
a) Gesetzliche Grundlage für die Errichtung eines Gerichts	325
b) Richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	325
c) Verfahrensdauer	327

3. Perspektiven der mitgliedstaatlichen Justizhoheit im europäischen Rechtsprechungsverbund	328
F. Der EGMR im europäischen Rechtsprechungsverbund	330
I. Der EGMR als Akteur im europäischen Rechtsprechungsverbund	330
II. Geteilte Rechtsprechungsverantwortung zwischen EuGH und EGMR?	331
1. Die Rolle der EMRK in der unionalen Rechtsordnung	332
2. Rechtsprechungsvernetzung	333
3. Beitritt der EU zur EMRK	333
4. Perspektiven	334
III. Anforderungen der EMRK an die konventionsstaatlichen Justizsysteme	334
1. Rolle des Art. 6 EMRK	334
2. Weitere Garantien der EMRK	335
3. Systematisches Defizit	335
G. Schiedsgerichtsbarkeit und europäischer Rechtsprechungsverbund	336
H. Fazit	338
§ 7: Die »Global Community of Courts« und die staatliche Dritte Gewalt	341
A. Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch Gerichte?	344
I. Die Emergenz einer » <i>global judiciary</i> «	344
II. Internationale Streitbeilegungsinstitutionen	347
1. Internationale Gerichtshöfe	347
2. Strafgerichtshöfe	347
3. WTO-Institutionen der Streitbeilegung	348
4. Internationale Schiedsgerichte	349
III. Arbeitsbelastung der internationalen Gerichtshöfe und Tribunale	350

B. Dimension der Internationalisierung der (staatlichen) Dritten	
Gewalt	351
I. Völkerrechtliche Justizgarantien	352
II. Bindung der Dritten Gewalt an die völkerrechtlichen	
Vorgaben	352
1. Allgemeines	352
2. Bindung an das Völkerrecht und Urteile	
internationaler Gerichte	353
3. Völkerrechtsfreundlichkeit der Dritten Gewalt	354
4. Prozedurale Vermeidungsstrategien	355
III. Rechtshilfe als tradierte Form der internationalen	
Zusammenarbeit	356
IV. Neue Formen der Kooperation	357
1. Netzwerke und richterliche Arbeitsgruppen	357
2. Zitationspraxis	358
C. Jurisdiktionskonflikte	359
I. Begriff	360
II. Formen von Jurisdiktionskonflikten	360
III. Völkerrechtliche Ansätze zur Lösung bzw. Vermeidung	
von Jurisdiktionskonflikten	361
1. Zuständigkeitsregelungen	361
2. Rolle des <i>Comity</i> -Prinzips	362
3. Kooperation	362
D. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und (staatliche) Dritte	
Gewalt	363
E. Fazit	363

3. Teil:

Die Haftung der Dritten Gewalt im geltenden Recht
(Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)

§ 8: Die Haftung der Dritten Gewalt im deutschen Recht	367
A. Verfassungsrechtliche Maßstäbe für die Haftung der Dritten Gewalt	368
I. Frühere verfassungsrechtliche Regelungen	369
II. Art. 34 GG als verfassungsrechtlicher Maßstab	370
1. Art. 34 GG als Überleitungsnorm	370
2. Art. 34 GG als verfassungsrechtliche Garantie der Staatshaftung	373
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Ausnahmen	375
III. Die richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	377
IV. Die Rechtsbindung der Dritten Gewalt	379
V. Art. 92 GG als Maßstab	383
VI. Die Grundrechte als Maßstab	384
VII. Das Rechtsstaatsprinzip als Maßstab	387
VIII. Maßstäbe des Landesverfassungsrechts	388
IX. Fazit	390
B. Die Haftung der Dritten Gewalt als Amtshaftung	391
I. Das »Chaos« des deutschen Amtshaftungsrechts	391
II. Voraussetzungen der Amtshaftung	392
1. Die Amtshaftung als Funktionshaftung	394
a) Richter als »Beamte im haftungsrechtlichen Sinne«	395
b) Nichtrichterliche Organe der Rechtspflege	397
2. Amtspflichtverletzung und Dritte Gewalt	399
a) Richterliche Amtspflichten	400
b) Verletzung	403
3. Drittgerichtetheit der Amtspflicht	404
a) Drittgerichtetheit als Kriterium	404
b) Die Drittgerichtetheit der richterlichen Tätigkeit	405
4. Verschulden	406
a) Fahrlässigkeit und richterliche Unabhängigkeit	406

b) Richterliches Beratungsgeheimnis	408
c) Organisationsverschulden und Dritte Gewalt ...	410
d) »Kollegialgerichtsrichtlinie« und Verschulden	411
5. Schaden und Beweislast	413
6. Verursachung und Zurechnung	414
a) Kausalität der richterlichen Amtspflichtverletzung für den Schaden	414
b) Zurechnung und rechtmäßiges Alternativverhalten	414
c) Das Verhältnis von Richter- und Anwaltshaftung	415
7. Ausnahmen und Beschränkungen des Amtshaftungsanspruchs	417
a) Das Verweisungsprivileg	418
b) Versäumung eines Rechtsmittels	419
III. Die Haftungsprivilegierung des § 839 Abs. 2 BGB	423
1. Grundlagen	424
2. Historischer Hintergrund	425
a) Grundlegung durch das Königlich Preußische Obertribunal	425
b) Hintergrund der Kodifikation des § 839 Abs. 2 BGB	426
3. Wandlungen der Zielsetzung des Spruchrichterprivilegs	429
a) Unabhängigkeit der Justiz	429
b) Der Schutz der Rechtskraft	431
c) Sicherung des Rechtsfriedens	433
d) Kritik	434
4. Tatbestandsvoraussetzungen des Spruchrichterprivilegs	434
a) Beamter	435
aa) Berufsrichter und ehrenamtliche Richter ...	435
bb) Extension auf weitere Akteure?	436
(1) Mitglieder der Gütestellen	437
(2) Schiedsrichter	439
(3) Mitglieder der Verbands- und Vereinsgerichtsbarkeit	440
(4) Mitglieder der Parteigerichtsbarkeit ...	440
(5) Mitglieder der Vergabekammern	440

(6) Rechtspfleger	441
(7) Gerichtliche Sachverständige	442
(8) Gerichtliche Mediatoren	443
b) Verletzung einer Amtspflicht	444
c) Urteil in einer Rechtssache	444
aa) Ursprünglicher Begriff des »Urteils«	444
bb) Urteile und urteilsvertretende Erkenntnisse	445
cc) Erstreckung auf einstweilige Anordnungen gem. § 123 VwGO?	448
dd) Weitere urteilsvertretende Erkenntnisse	452
ee) Die Tendenz zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des Privilegs	452
ff) Nichtanwendbarkeit auf andere Beschlüsse	453
(1) Prozessvergleiche	454
(2) Freiwillige Gerichtsbarkeit	455
(3) Strafrechtliches Ermittlungsverfahren ..	455
(4) Weitere Bereiche	456
(5) Restriktionen des Verschuldensmaßstabs	457
gg) Bei einem Urteil	458
IV. Verweigerung und Verzögerung der Amtsausübung als Grenze	458
1. Die Justizverweigerung	459
2. Die Verzögerung	459
V. Die Begehung einer Straftat als Ausnahme	461
1. Rechtsbeugung (§ 339 StGB)	462
2. Richterbestechlichkeit (§ 332 Abs. 2 StGB)	462
3. Nötigung durch den Richter?	463
VI. Inhalt des Amtshaftungsanspruchs	463
VII. Die Regressmöglichkeit des Staates	464
C. Die Haftung der Dritten Gewalt jenseits des Amtshaftungsanspruchs	464
I. Entschädigungsansprüche	465
II. Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren (§ 198 Abs. GVG)	466
1. Allgemeines	466
2. Verfahrensdauer als tradierte Problemlage	469
a) Historische Regelungsansätze	469

b) Ursachen für überlange Verfahren	471
3. Verfassungsrechtlicher Maßstab	473
a) Grundlagen	473
b) Verfassungsrechtlicher Kontext	474
c) Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	476
d) Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	476
e) Besondere Rolle des Art. 2 Abs. 2 GG in Strafverfahren	477
4. Rechtsschutz gegen überlange Gerichtsverfahren bis zum Erlass des ÜGRG	478
5. Rechtsprechung des EGMR als Impuls für eine Neuregelung	479
6. Strukturen und Kontext des ÜGRG	482
a) Systematik	482
b) Rechtsnatur des Entschädigungsanspruchs	484
c) Funktion des Entschädigungsanspruchs	486
7. Entwicklung der Rechtsprechung zu § 198 GVG ...	487
a) Allgemeine Entwicklung	487
b) Evaluationsbericht des BMJV aus dem Jahre 2014	487
c) Neuere Bewertungen des § 198 GVG	488
8. Ausgestaltung im Lichte der EMRK	490
a) Allgemeines	490
b) Sonderfall Familiensachen	490
c) Folgen	492
9. Verhältnis zu sonstigen Rechtsbehelfen	492
10. Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs	493
a) Anspruchsberechtigung (§ 198 Abs. 6 Nr. 2 GVG)	493
b) Begriff des Gerichtsverfahrens	494
aa) Definition des Gerichtsverfahrens (§ 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG)	494
bb) Rolle des § 198 GVG im Vorlageverfahren gem. Art. 267 AEUV	495
cc) Analoge Anwendung auf private Schiedsgerichte?	496
c) Unangemessene Dauer (§ 198 Abs. 1 GVG)	498
aa) Schwierigkeit des Verfahrens	499
bb) Bedeutung des Verfahrens	500

cc) Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter	501
d) Nachteil	502
e) Kausalität des Nachteils	502
f) Verzögerungsrüge	502
11. Inhalt des Anspruchs	503
a) Entschädigungsanspruch	504
b) Wiedergutmachung auf andere Weise (§ 198 Abs. 4 GVG)	504
c) Insbesondere die Feststellung der unangemessenen Verfahrensdauer	505
12. Aktuelle Problemlagen des Entschädigungsanspruchs	505
a) Gerichtszweiglösung (§ 201 GVG) als Problem?	506
b) Keine Beschwerde gegen die Aussetzung gem. § 201 Abs. 3 GVG?	506
c) Keine Übertragbarkeit des Anspruchs?	507
d) Isolierte Feststellung der Verzögerung?	508
13. Besonderheiten für Strafverfahren	510
14. Haftende Körperschaft	511
15. Verhältnis zum Amtshaftungsanspruch	512
16. Bewertung und Fazit	513
III. Entschädigungsansprüche für überlange Gerichtsverfahren in weiteren Prozessordnungen	514
IV. Entschädigungsanspruch gem. § 97a BVerfGG	515
1. Allgemeines	515
2. Voraussetzungen	516
a) Verfahrensbeteiligte	516
b) Verfahren	517
c) Unangemessene Verfahrensdauer	518
aa) Besondere Aufgaben und Stellung des Bundesverfassungsgerichts	518
bb) Allgemeine Kriterien	519
d) Nachteil als subjektive Betroffenheit?	520
e) Entschädigungsanspruch	521
3. Verzögerungsbeschwerde gem. § 97b BVerfGG	521
4. Bisherige Praxis des Bundesverfassungsgerichts	522
5. Fazit	523

V. Rechtsschutz gegen überlange Verfahren der Landesverfassungsgerichte	524
VI. Ansprüche auf der Grundlage des Strafrechtsentschädigungsgesetzes	525
VII. Ansprüche nach den Staatshaftungsgesetzen der neuen Bundesländer	526
D. Fazit	527
§ 9: Die Haftung der Dritten Gewalt im Unionsrecht	529
A. Unionsrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt	532
I. Rechtsstaatlichkeit der Union und Dritte Gewalt	532
II. Die Rolle des EuGH im System des unionalen Haftungsrechts	533
III. Unionale Justizgrundrechte	534
IV. Das Institut der unionalen (Staats-)Haftung	535
B. Die Haftung der unionalen Dritten Gewalt	535
I. Allgemeines	536
II. Voraussetzungen des außervertraglichen Haftungsanspruchs	537
1. Gerichtshof als Organ der EU	537
2. Qualifizierte Rechtsverletzung	538
3. Kausaler Schaden	539
4. Anspruchsgegner	540
a) Verbandshaftung der Union	540
b) Keine persönliche Haftung oder Regress der EU-Richter	540
5. Zuständigkeit des Gerichts	541
III. Faktischer Ausschluss einer Haftung des EuGH?	542
C. Die Europäisierung der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt	543
I. Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch als Grundlage	544
1. Allgemeine Voraussetzungen	544
2. Anwendung auf mitgliedstaatliche Gerichte	544

a) Keine Beeinträchtigung der mitgliedstaatlichen Gerichte durch Haftung	544
b) Begrenzung auf letztinstanzliche Gerichte	545
c) Anforderungen an den qualifizierten Rechtsverstoß	546
II. Funktionen der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt	547
1. Sicherung der praktischen Wirksamkeit des Unionsrechts	547
2. Die Rolle der Unionsgrundrechte	547
3. Qualitätssicherung	548
III. Nationale Privilegierungstatbestände im Lichte des Unionsrechts	548
IV. Rechtskraft der mitgliedstaatlichen Entscheidungen als Grenze	550
D. Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt gem. Art. 82 DS-GVO	551
I. Umfassende Regelung zur Sicherung der datenschutzrechtlichen <i>accountability</i>	553
II. Anwendungsbereich der DS-GVO	553
III. Haftung gem. Art. 82 DS-GVO	554
1. Voraussetzungen der Haftung	554
2. Begrenzungen der Haftung für die Dritte Gewalt?	555
3. Anspruchsinhalt	556
4. Anspruchsgegner	556
5. Zuständigkeit der vertragsmitgliedstaatlichen Gerichte	557
IV. Haftung im Kontext der weiteren Instrumente zur Durchsetzung der DS-GVO	557
V. Ausblick	558
E. Die Haftung der Dritten Gewalt im System des EPGÜ	558
I. Allgemeines	558
II. Außervertragliche Haftung gem. Art. 5 Abs. 2 EPGÜ ..	560
1. Voraussetzungen	560
2. Anspruchsinhalt	560
3. Zuständiges Gericht für den Haftungsanspruch (Art. 5 Abs. 3 EPGÜ)	561

III. Haftung der Vertragsstaaten für Verstöße des EPG gegen das EU-Recht	561
1. Unionsrechtliche Anforderungen an das EPG	561
2. Voraussetzungen	562
3. Anspruchsinhalt	563
4. Zuständiges Gericht (Art. 22 Abs. 2 EPGÜ)	563
IV. Prototyp einer ausdrücklich verankerten Haftung der Dritten Gewalt?	563
F. Fazit	564
§ 10: Die Haftung der Dritten Gewalt im Völkerrecht	565
A. Völkerrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt	566
I. Internationaler Menschenrechtsschutz	566
II. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	567
1. Grundlagen	567
2. Staatenverantwortlichkeit für Handlungen der Dritten Gewalt	567
3. Verantwortlichkeit Internationaler Organisation ...	568
4. Rechtsfolgen	568
III. Richterliche Unabhängigkeit, Immunitätsrecht und <i>res iudicata</i>	569
B. Die Haftung der Dritten Gewalt und die EMRK	570
I. Haftung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte?	571
II. Die Überformung der nationalen Haftung durch die EMRK	573
1. Maßstäbe des EMRK-Rechts für eine Haftung der Dritten Gewalt	573
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6 EMRK)	573
b) Recht auf wirksame Beschwerde (Art. 13 EMRK)	574
2. Entschädigungsansprüche auf der Grundlage der EMRK	575
a) Schadensersatz gem. Art. 5 Abs. 5 EMRK	575
b) Gerechte Entschädigung gem. Art. 41 EMRK ..	575

c) Haftentschädigung gem. Art. 3 Protokoll Nr. 7 zur EMRK	576
3. Praktische Bedeutung am Beispiel überlanger Gerichtsverfahren	576
C. Weitere Haftungsregelungen im Völkervertragsrecht	577
D. Die Haftung internationaler Gerichtshöfe	578
I. Weitgehender Ausschluss der persönlichen Haftung	578
II. Haftung der Gerichte oder der Rechtsträger?	578
E. Haftung für die Verletzung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte	579
F. Internationale Schiedsgerichte und Haftung	580
4. Teil:	
Ausprägungen einer <i>judicial accountability</i> im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)	
§ 11: Dritte Gewalt und <i>judicial accountability</i>	585
A. Verantwortlichkeitsbeziehungen der Dritten Gewalt	587
I. Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt	587
II. Unterschiedliche Verantwortlichkeiten der Staatsfunktionen	588
III. Schlussfolgerungen für den weiteren Gang der Überlegungen	589
B. Ursprünge des Konzepts	590
I. <i>Judicial accountability</i> im U.S.-Recht	590
II. <i>Judicial accountability</i> in Transformationsländern	591
III. Justizkorruption und <i>judicial accountability</i>	591
IV. <i>Judicial accountability</i> und internationaler Menschenrechtsschutz	592
C. Dimensionen und Mechanismen einer <i>judicial accountability</i>	593
I. Interne und externe richterliche Verantwortlichkeit	594

II. Horizontale und vertikale <i>accountability</i>	594
III. Demokratische Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt	596
IV. Rechtsbindung als rechtliche <i>accountability</i>	596
V. Finanzielle <i>accountability</i>	597
VI. Öffentlichkeitsverantwortung der Dritten Gewalt	597
VII. Weitere Dimensionen	598
D. Verfassungsrechtliche Dimensionen	598
I. Verantwortlichkeit jenseits der Rechtsbindung?	598
II. <i>Accountability</i> und richterliche Unabhängigkeit	599
E. <i>Judicial accountability</i> auf europäischer und internationaler Ebene	600
I. Spezifische Verantwortlichkeiten im europäischen Rechtsprechungsverbund	601
II. Internationale Gerichte und internationale öffentliche Gewalt	601
III. Baustein eines ebenenübergreifenden Gerichtsverfassungsrechts?	602
F. <i>Judicial accountability</i> und Schiedsgerichtsbarkeit	602
I. Verantwortlichkeit nur gegenüber den Parteien?	602
II. Neue Formen der Verantwortlichkeit von Schiedsgerichten	604
G. Fazit	604
§ 12: <i>Judicial accountability</i> im deutschen Recht	607
A. Strukturen der internen Verantwortlichkeitssicherung	608
I. Entwicklungen des Rechtsmittelrechts	609
1. Allgemeines	609
2. Zulassungsbedürftige Rechtsmittel als Regelfall	610
3. Wertgrenze bei der Nichtzulassungsbeschwerde	610
II. Restriktiver Zugang zum Bundesverfassungsgericht	611
1. Allgemeines	611
2. Subsidiarität in der Rechtsprechung des BGH	613
III. Dienstaufsicht und Disziplinarrecht als zahnlose Tiger?	615
1. Grundlagen (§ 26 Abs. 2 DRiG)	616

2. Die »äußere Ordnung der Rechtsprechung« als Gegenstand der Dienstaufsicht	616
3. Erledigungszahlen als aktuelle Problemlage	617
4. Strukturelle Koppelung von Disziplinarrecht und Amtshaftung	618
IV. Amtsenthebung als gewaltendurchbrechendes Phänomen?	620
1. Grundlagen	620
2. Politische Resilienz der Dritten Gewalt – Aktuelle Problemlagen	621
V. Begründungspflicht	622
1. Funktion der Begründungspflicht	622
2. Unterschiedliche Ausprägungen im Prozessrecht ...	623
3. Die Begründungspraxis des Bundesverfassungsgerichts	624
VI. Ausschluss und Ablehnung von Richtern als ex ante- Instrumente	625
1. Allgemeines	625
2. Ablehnungsrecht zwischen Gewohnheitsrecht und Politisierung	626
VII. Wandlungen der Rolle des Richters durch Prozessrecht	629
 B. Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Exekutive	630
I. Die doppelte Funktion des Art. 19 Abs. 4 GG	630
II. Administrative Aufgaben der Dritten Gewalt	630
III. Richterliche Selbstverwaltung	631
 C. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Legislative	632
I. Bindung der Dritten Gewalt an das Parlamentsgesetz	632
II. Richterwahlen durch Parlamente	632
III. Haushaltsgesetzgeber und Ausstattung der Gerichte ...	632
 D. Weitere und neue Formen der Verantwortlichkeitssicherung	633
I. Verfahren der Richterbestellung	633
1. Allgemeines	633
2. Qualifikationserfordernisse	634

3. Die Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts	635
4. Wahl der Bundesrichter	637
5. Verfahren auf der Ebene der Länder	638
6. Beförderungsstellen als neue Problemlage	639
II. Öffentlichkeit und Transparenz	640
1. Öffentlichkeit der Verhandlung	640
2. Transparenz der Dritten Gewalt	640
a) Zugang zu Gerichtsentscheidungen	641
b) Voraussetzungsloses Akteneinsichtsrecht?	642
c) Verantwortungsdiffusion bei Kollegialentscheidungen?	643
III. Medienverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel	644
1. Allgemeines	644
2. Die Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen	645
3. Vorabinformationen der Justizpressekonferenz	646
IV. Öffentliche Kritik	647
1. Allgemeines	647
2. Anforderungen der Mediengesellschaft – <i>Responsive Judges</i>	649
V. Justizkritik durch andere Staatsgewalten als sensibles Terrain	649
VI. Justizkritik durch Rechtsanwälte	651
VII. Die Rolle der Rechtswissenschaft	652
E. Staatliche Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit	653
F. Fazit	655
§ 13: <i>Judicial accountability</i> im Unionsrecht	657
A. <i>Judicial accountability</i> als unionales Verantwortlichkeitskonzept?	659
B. Rechtsmittel als Form der internen Verantwortlichkeitssicherung	661
I. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Unionsrecht	661
1. Allgemeines	661

2. Grundlagen und Besonderheiten des unionalen Rechtsmittelsystems	663
a) Unionsrechtlich garantierter Instanzenzug?	663
b) Sonderfall des Überprüfungsverfahrens	664
3. Richterliche Verantwortlichkeit des EuGH und Rechtsmittelverfahren	665
4. Reformen der Aufgabenverteilung und des Rechtsmittelregimes	666
a) Allgemeines	666
b) Europäische Grundrechtsbeschwerde?	667
c) Grenzen der Fortentwicklung des unionalen Rechtsbehelfssystems	668
II. Weitere Aspekte der internen Verantwortlichkeitssicherung	669
1. Die Rolle der Generalanwälte (Art. 252 AEUV)	669
2. Begründungsstil und richterliche Verantwortlichkeit	670
3. Ausstattung und Größe des EuGH	671
4. Ausschluss von Richtern und Generalanwälten wegen Befangenheit	672
C. Verantwortlichkeiten der und gegenüber den Mitgliedstaaten	673
I. Benennung der EuGH-Richter	674
II. Wiederbenennung als Verantwortlichkeitsinstrument?	675
III. Weitere Formen	676
D. Verantwortlichkeiten gegenüber dem Europäischen Parlament	677
I. Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments bei der Richterbestellung	677
II. Bindung an das Unions(-parlaments)recht	678
E. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortlichkeit des EuGH ...	680
F. Weitere Verantwortlichkeitsformen	681
I. Qualifikationserfordernisse	682
II. Das neue Verfahren der Richterernennung	682
III. Gesetzlicher Richter und Geschäftsverteilung	685
IV. Dienstaufsicht	686

V. Amtsenthebung gem. Art. 6 EuGH-Satzung	687
VI. Verantwortlichkeit durch <i>Peer-Pressure</i> ? – Zur Rolle der Rechtswissenschaft	687
1. Weiterentwicklung des Unionsrechts	688
2. Verantwortlichkeitssicherung	689
G. Verhältnis EuGH und EGMR	690
H. <i>Judicial accountability</i> der mitgliedstaatlichen Gerichte	691
I. Verantwortlichkeiten im dualistischen Rechtsschutzsystem der EU	692
II. Sicherung der Verantwortlichkeit der mitgliedstaatlichen Gerichte	692
1. Vorabentscheidungsverfahren und richterliche Verantwortlichkeiten	693
2. Vorgaben für die Organisation der mitgliedstaatlichen Judikative	694
III. Weitere Instrumente	695
1. Orientierung an den unionalen Auslegungsmethoden	696
2. Überformung mitgliedstaatlicher Rechtsschutz- und Verfahrenskonzeptionen	697
3. Unionsrechtliche Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt	698
I. Ausblick: Verantwortlichkeitssicherung im europäischen Rechtsraum	699
J. Fazit	700
§ 14: <i>Judicial accountability</i> im Völkerrecht	703
A. Grundlagen und Kontexte	705
B. Mechanismen der Selbstkontrolle internationaler Gerichtshöfe und Tribunale	707
I. Rechtsmittel (<i>right to appeal</i>)	708
II. <i>Judicial Ethics</i> als Selbstkontrolle	710
1. Allgemeines	710

2. <i>Judicial accountability</i> und Ethik-Richtlinien	711
3. <i>Code of Judicial Ethics</i> des IStGH und des EGMR	713
4. Unabhängigkeit und Verantwortung als Grundlage richterlicher Berufsethik	713
III. Weitere Instrumente und Akteure interner Verantwortlichkeitssicherung	714
1. Begründungspflichten und Begründungsstil	714
2. Größe und Budgets internationaler Gerichte	717
3. Befangenheitsregelungen	720
C. Verantwortlichkeit gegenüber Internationalen Organisationen und Mitgliedstaaten	721
I. Internationale Gerichtshöfe als Organe Internationaler Organisationen	721
II. Mögliche Formen der Verantwortlichkeitssicherung	722
1. Rechtsbindung	722
2. Bestellung der Richter	723
3. Weitere Formen	724
III. Sonderfall: Internationale Gerichtshöfe mit eigener Rechtspersönlichkeit	724
IV. Staatenverantwortlichkeit und internationale Gerichtshöfe	725
D. Verantwortlichkeiten gegenüber parlamentarischen Versammlungen?	726
I. Allgemeines	726
II. Richterwahlen durch parlamentarische Versammlungen: Das Beispiel der EMRK	726
E. Weitere Verantwortlichkeitselemente	727
I. Qualifikationserfordernisse	727
II. Nationalität und Geschlecht der Nominees	729
III. Inkompatibilitätsregelungen	730
IV. Dienstaufsicht	731
1. Interne Mechanismen	731
2. Externe Aufsicht: Das Beispiel des IStGH- <i>Oversight Mechanism</i>	732
V. Amtsenthebung und Entlassung	732
VI. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortung	732

VII. Verantwortlichkeit durch <i>Peer-Pressure</i> – Zur Rolle der Rechtswissenschaft	734
F. Bedeutung des Völkerrechts für staatliche Konzepte einer <i>judicial accountability</i>	736
I. <i>Judicial accountability</i> und internationale Menschenrechtsverträge	736
II. Weitere völkerrechtliche Anknüpfungspunkte	737
III. Die Rolle des völkerrechtlichen <i>soft law</i>	738
G. Exkurs: Internationale Schiedsgerichte und » <i>Judicial Accountability</i> «	739
H. Wechselseitige Verantwortlichkeitssicherung internationaler Gerichtshöfe	740
I. Fazit	742
J. Annex: Übersicht	743

5. Teil:

Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer *judicial accountability* (Funktionen – Kontexte – ergänzende Instrumente)

§ 15: Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer <i>judicial accountability</i>	747
A. Die Dritte Gewalt als verantwortliche Staatsgewalt	747
B. Haftungsverantwortlichkeit und Legitimationsanspruch der Dritten Gewalt	749
I. Legitimation der Dritten Gewalt im Wandel	751
1. Legitimationsanforderungen an die Dritte Gewalt	751
2. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Rechtsbindung und Richterrecht	754
II. Gestiegener Legitimationsanspruch?	759
1. »Macht« der Dritten Gewalt	759

2. Hinreichendes Legitimationsniveau	760
3. Neue Anforderungen durch europäische und internationale Vernetzung	761
4. Verantwortlichkeit und Legitimation einer digitalen Justiz	762
5. Klare Verantwortlichkeitsstrukturen als Garant der Krisenfestigkeit?	762
III. Legitimationsstiftung durch Haftungsrecht	763
IV. Richterliche Unabhängigkeit, Haftungsprivilegien und Haftungsüberleitung	764
C. Haftung und Haftungsfunktionen im Lichte einer <i>judicial accountability</i>	765
I. Allgemeines	765
II. Pluralisierung der Haftungsfunktionen	766
1. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Kompensation, Prävention und Pönalisierung	768
a) Kompensation als tradierte Haftungsfunktion	768
b) Schadensprävention durch Haftungsrecht und Dritte Gewalt	770
c) Kein Strafschadensersatz für Handeln der Dritten Gewalt?	772
2. Die Haftung der Dritten Gewalt als sekundärer Rechtsschutz?	773
3. Gewährleistung und Festigung der Rechtsbindung	774
4. Schutz der Grundrechte	774
5. Ausgleich von Rechtsschutzdefiziten	774
6. Sonderfall: Haftungsverantwortlichkeit des Bundesverfassungsgerichts	775
III. Besondere Haftungsfunktionen im Unionsrecht	776
1. Wirksamer Schutz der Rechte des Einzelnen	777
2. Rolle des Haftungsrechts im Rechtsschutz- und Verfahrenssystem der EU	777
3. Sicherung der Wirksamkeit des EU-Rechts	778
4. Sicherung der judiziellen Gefolgschaft im europäischen Rechtsprechungsverbund	778
5. Integration durch Haftung?	779

IV. Haftungsfunktionen im Völkerrecht	780
1. Wiedergutmachung und Haftung der Dritten	
Gewalt	780
a) Kompensation	781
b) Prävention	781
c) Keine <i>punitive damages</i> im Völkerrecht?	782
2. Verhaltenssteuerung von Staaten durch	
Haftungsrecht?	782
3. Nationale Justizsysteme und internationale	
Investitionsschiedsgerichtsbarkeit	783
D. Rechtliche und faktische Begrenzungen der	
haftungsrechtlichen Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt ..	783
I. Anforderungen der richterlichen Unabhängigkeit	784
II. Leistungsfähigkeit des Staates	784
III. »Ansehen« der Dritten Gewalt	785
E. Instrumente der Haftungsvermeidung und <i>judicial</i>	
<i>accountability</i>	786
I. Richterliche Berufsethik	787
II. Verhaltensleitlinien des Bundesverfassungsgerichts	787
III. Aus- und Weiterbildung	788
IV. <i>Judicial Ethics</i> und Schiedsgerichtsbarkeit	788
F. Regelungsmodelle und Regelungsbedarfe	789
I. Allgemeines	789
II. Die Haftung der Dritten Gewalt und das	
Staatshaftungsgesetz von 1981	790
1. Das Staatshaftungsgesetz von 1981	790
2. Insbesondere: Regelungen über die Haftung der	
Dritten Gewalt	791
3. Fazit	792
III. Aktuelle Reformvorschläge für das deutsche	
Staatshaftungsrecht	793
1. Politischer Wille und Gründe für sein Scheitern	794
2. Vorschläge aus der Wissenschaft und das Problem	
der Selbstverantwortung der Dritten Gewalt	794

IV. Regelungsbedarfe und Regelungsmöglichkeiten für die Haftung der Dritten Gewalt	795
1. Unmittelbare Staatshaftung für »Justizunrecht«	796
2. Überlange Verfahren als Unterfall eines eigenständigen Haftungsanspruchs	796
3. Eigenständige Regelung der Schiedsrichterhaftung	797
4. Gefährdungshaftung für den Einsatz von KI in Gerichtsverfahren	797
5. Datenschutz in der Justiz und Haftung nach der DS-GVO	797
6. Haftungsverantwortlichkeit im europäischen Rechtsprechungsverbund	798
7. Effektive Anwendung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte und Stärkung der Legitimation internationaler Gerichte	799
G. Fazit: Haftung zwischen demokratischer Legitimation und rechtsstaatlicher Bindung der Dritten Gewalt	800
§ 16: Resümee und Ausblick	803
Literaturverzeichnis	809
Entscheidungsverzeichnis	919

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	andere(r) Meinung
AAA	American Anthropological Association
AB	Appellate Body
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEAJ	Association of European Administrative Judges
AECLJ	Association of European Competition Law Judges
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht. Zeitschrift für das gesamte Medienrecht
AG	Aktiengesellschaft
AGBGB	Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und anderer Gesetze
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Gerichtsverfassungsausführungsgesetz)
AGH	Amtshaftungsgesetz (Österreich)
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
Alb. L. Rev.	Albany Law Review
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
ÄnderungsG	Änderungsgesetz
AnwBl.	Anwaltsblatt

AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg	Land Brandenburg
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern
BefrG	Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Befreiungsgesetz)
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz (Kabinett Merkel III; Kabinett Scholz: BMJ)
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
BNotO	Bundesnotarordnung

BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRRG	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz)
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CARICOM	Caribbean Community
CAS	Court of Arbitration for Sport
Cath. U. L. Rev	Catholic University Law Review
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CIArb	Chartered Institute of Arbitrators
CJC	Canadian Judicial Council
CMLRev.	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
d. h.	das heißt
DAI	Deutsches Anwaltsinstitut
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe

DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
Diss.	Dissertation
DJCIL	Duke Journal of Comparative & International Law
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DSB	Dispute Settlement Body
DS-GVO	Datenschutzgrundverordnung
DSU	Dispute Settlement Understanding
dt.	deutsch(e)
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAJ	European Association of Judges
ECLR	European Competition Law Review
ECOWAS	Economic Community Of West African States
ECT	Energy Charter Treaty
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
Einl.	Einleitung
EJL & Econ	European Journal of Law and Economics
EL	Ergänzungslieferung

ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Reporter
EmöGG	Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EPG	Einheitliches Patentgericht
EPGÜ	Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht
EPGVerfO	Verfahrensordnung des Einheitlichen Patentgerichts
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
et al.	et alii/et aliae
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
Eu-RhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

FBA	Folgenbeseitigungsanspruch
ff.	fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
Ga. St. U. L. Rev.	Georgia State University Law Review
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
gen.	genannt
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
GEPEUP	Internationales Übereinkommen zur Schaffung eines Gerichts für europäische Patente und Gemeinschaftspatente
GeschO-BVerfG	Geschäftsordnung-Bundesverfassungsgericht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GmbHR	GmbHRundschau
GöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedächtnisschrift
GüSchlG	Gütstellen- und Schlichtungsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

GVRZ	Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht
GWb	Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen
GWILR	George Washington International Law Review
HH	Hansestadt Hamburg
HmbAGGVG	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes
HmbGVBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
i. E.	im Erscheinen
i. S. d.	im Sinne des/im Sinne der
i. S. e.	im Sinne eines/im Sinne einer
i. V. m.	in Verbindung mit
IAJ	International Association of Judges
IBA	International Bar Association
ibid.	ibidem
ICC	International Chamber of Commerce
ICDR	The International Centre for Dispute Resolution
ICLQ	The International & Comparative Law Quarterly
Int'l J. Const. L.	International Journal of Constitutional Law
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILJ	Indiana Law Journal
ILO	Internationale Arbeitsorganisation in Strafsachen
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung

InVo	Insolvenz und Vollstreckung
IPbpR	Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea
J. Disp. Resol.	Journal of Dispute Resolution
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCMST	Journal of Computers in Mathematics and Science Teaching
JCSW	Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften
JIDS	Journal of International Dispute Settlement
JIEL	Journal of International Economic Law
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
J-PART	Journal of Public Administration Research and Theory
JR	Juristische Rundschau
JurBüro	Das juristische Büro
JuS	Juristische Schulung
JustG NRW	Justizgesetz Nordrhein-Westfalen
JW	Juristische Wochenschrift
JWT	Journal of World Trade
JZ	JuristenZeitung
K&R	Kommunikation und Recht
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten
KG	Kammergericht
KI	Künstliche Intelligenz
KJ	Kritische Justiz

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KSG	Klimaschutzgesetz
L & CP	Law & Contemporary Problems
LCIA	London Court of International Arbitration
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
lit.	littera
L. J.	Law Journal
LJIL	Leiden Journal of International Law
LSA	Landesrecht Sachsen-Anhalt
LVerf	Landesverfassung
m. a. W.	mit anderen Worten
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MEDEL	Magistrats Européens pour la démocratie et les libertés
MediationsG	Mediationsgesetz
MediationsRL	Mediationsrichtlinie
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
Mio.	Million(en)
MIP	Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht
MPECCoL	Max Planck Encyclopedia of Comparative
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MPI	Max-Planck-Institut
n. F.	neue Fassung
Nachw.	Nachweise
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJ	Neue Justiz

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
NK	Neue Kriminalpolitik
No.	Number
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NYUJILP	New York University Journal of International Law and Politics
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o. ä.	oder ähnliche(s)
o. g.	oben genannten
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
OLGR	Oberlandesgerichts-Report
OSJDR	Ohio State Journal on Dispute Resolution
P. L.	Public Law
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
PKH	Prozesskostenhilfe
PreußVerfUrk	Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
PSLR	Penn State Law Review
PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychisch Kranken (Psychisch-Kranken-Gesetz)

PVS	Politische Vierteljahresschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBHG	Reichsbeamtenhaftungsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RDigital	Recht Digital
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGBO	Reichsgrundbuchordnung
RGRK	Reichsgerichtsärtekommentar
RGSt	Entscheidungen des Reichsgericht in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiA	Recht im Amt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RiWG	Richterwahlgesetz
RiZ(R)	Registerzeichen für Revisionen in Versetzungs- und Prüfungsverfahren nach dem Deutschen Richtergesetz
RKG	Reichskammergericht
RKGO	Reichskammergerichtsordnung
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RpflBl.	Rechtspflegerblatt
RpflG	Rechtspflegergesetz
Rs.	Rechtssache
Rsen.	Rechtssachen
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
RuP	Recht und Politik
RVerf	Reichsverfassung
RW	Rechtswissenschaft. Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung

s. o.	siehe oben
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
S.	Satz/Seite
s.	siehe
SchAG NRW	Gesetz über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen (Schiedsamtsgesetz)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Sec.	Section
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
StGB	Sozialgesetzbuch
StGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt(e)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SpuRT	Zeitschrift für Sport und Recht
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
St. Louis U. L. J.	St. Louis University Law Journal
Stan. L. Rev	Stanford Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
StHG	Staatshaftungsgesetz
StPO	Strafprozessordnung
StraFO	Strafverteidiger Forum
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StRR	StrafRechtsReport
StV	Strafverteidiger
SVR	Straßenverkehrsrecht
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TaTuP	Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis
TIL	Theoretical Inquiries in Law

u. a.	und andere
U. Ark. Little Rock L. Rev.	University of Arkansas at Little Rock Law Review
U. Kan. L. Rev.	University of Kansas Law Review
u. U.	unter Umständen
U.N.T.S.	United Nations Treaty Series
U.S.	United States
UAbs.	Unterabsatz
ÜGRG	Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren
UIG	Umweltinformationsgesetz
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklangengesetz)
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
USA	United States of America
usw.	und so weiter
UVPg	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von/vom
verb.	verbunden(e)
Verf.	Verfassung
VerfBlog	Verfassungsblog
VerfO	Verfahrensordnung
VerfOEGMR	EGMR-Verfahrensordnung
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
Verw.	Verweis

VerwArch	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Victoria U. L. & Just. J.	Victoria University Law and Justice Journal
VK	Vereinigtes Königreich
VM	Verwaltung und Management
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VSBG	Gesetz über die alternative Beilegung in Verbrauchersachen
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wash. U. J.L. & Pol’y	Washington University Journal of Law and Policy
WD	Wissenschaftlicher Dienst
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organization
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZFA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft

ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVgR	Zeitschrift für deutsches und internationales Vergaberecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

